

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 57. Ratssitzung vom 10. Juli 2019

1504. 2018/155

Weisung vom 18.04.2018:

Schul- und Sportdepartement, Volksinitiative «Sportstadt Züri», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Sportstadt Züri» vom 12. September 2017 wird abgelehnt.

Referentin zur Vorstellung des Antrags / Kommissionsmehrheit:

Ursula Näf (SP): Die Initiative fordert Sportförderung und Zugang zum Sport für die ganze Bevölkerung, einen unentgeltlichen Zugang zu Sportanlagen und eine gebührenfreie Nutzung der Anlagen für Sportvereine sowie eine Anpassung der Gebührenreglemente. Erst im Oktober 2018 konnte die SK PRD/SSD usanzgemäss eine Delegation des Initiativkomitees anhören. Mehrere Fraktionen waren bereit, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Die Frist zur Behandlung der Initiative im Gemeinderat läuft jedoch nur noch bis am 17. August 2019. Die Kommissionsmehrheit stellt deshalb dem Rat den Antrag, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und die Frist damit auf 29 Monate zu erstrecken.

Kommissionsminderheit:

Roger Bartholdi (SVP): Das Anliegen der Initiative ist auf den ersten Blick sympathisch, und wir alle möchten sicher den Sport fördern. Viele Sportvereine äussern sich jedoch kritisch, und dies zurecht. Eine Umfrage hat gezeigt, dass finanzielle Hürden nur wenige Leute vom Sporttreiben abhalten. Darüber hinaus gibt es zwischen verschiedenen Sportarten grosse Unterschiede hinsichtlich des nötigen finanziellen Aufwands. Gerade Menschen, die teure Sportarten wie z. B. Triathlon betreiben, profitieren nichts von vergünstigten Eintritten ins Hallenbad. Was der Gegenvorschlag ändern will, ist noch völlig unklar. FDP und SVP sind mit dem Angebot der Stadt Zürich zufrieden und halten die Tarife für sehr günstig. Die Sportanlagen sind schon heute überlastet, deshalb muss man sie nicht noch attraktiver machen, gerade auch nicht für die umliegenden Gemeinden. Werden die Gebühren gesenkt oder aufgehoben, kann man zudem auch die Nutzung der Anlagen nicht mehr kontrollieren. Wir sehen keinen Anlass zu einem Gegenvorschlag und bedauern die Verzögerung, die dieses Vorgehen verursacht.

Antrag auf Ausarbeitung eines Gegenvorschlags

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt:

2 / 3

Die Kommission arbeitet einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» aus. In Übereinstimmung mit §131 GPR in Verbindung mit § 65 a Abs. 2 und 3 VPR verlängert sich die Frist damit auf 29 Monate.

Begründung:

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 878/2017 hat der Stadtrat die Initiative für gültig erklärt und stellt Antrag an den Gemeinderat, die Initiative abzulehnen. Der Gemeinderat hat gemäss § 65a Abs. 2 VPR in Verbindung mit §131 Abs. 4 und § 155 GPR innert 23 Monaten nach Einreichung der Initiative über Zustimmung oder Ablehnung zu entscheiden. Die Weisung mit dem Antrag des Stadtrats wurde der SK PRD/SSD am 23. Mai 2018 zugewiesen. Die Beratung wurde daraufhin aufgenommen. Erst auf den 2. Oktober 2018 war es möglich, usanzgemäss eine Delegation des Initiativkomitees in die Kommission einzuladen. Gestützt auf diesen Austausch und die Darlegungen des Stadtrats bekundeten mehrere Fraktionen die Absicht, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Im Hinblick darauf wurden – zuletzt im April 2019 – noch einmal substantielle Abklärungen durch Mitglieder der Kommission getroffen. Ein Gegenvorschlag wird nun in Bälde behandlungsreif sein, allerdings läuft die Frist für den Beschluss im Gemeinderat über die Initiative nur bis zum 17. August 2019. Um den Gegenvorschlag zum Abschluss zu bringen und die Fristen einzuhalten, gilt es nun den vorliegenden Antrag zu stellen. Stimmt der Gemeinderat ihm zu, verlängert sich die Behandlungsfrist auf 29 Monate.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags auf Ausarbeitung eines Gegenvorschlags.

- Mehrheit: Ursula Näf (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Muammer Kurtulmus (Grüne), Patrik Maillard (AL), Mark Richli (SP)
- Minderheit: Roger Bartholdi (SVP), Referent; Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Christian Huser (FDP)
- Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Simone Hofer Frei (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Kommission arbeitet einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» aus. In Übereinstimmung mit §131 GPR in Verbindung mit § 65 a Abs. 2 und 3 VPR verlängert sich die Frist damit auf 29 Monate.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat